

**Niederschrift**

13. Plenarsitzung des Gemeinderates
28. Juli 2020, 15:30 Uhr
öffentlich
Gartenhalle, Kongresszentrum
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

8.

Punkt 7 der Tagesordnung: Betriebskindertagesstätten ausbauen**Antrag: SPD****Vorlage: 2020/0661****Beschluss:**

Weitere Behandlung im Jugendhilfeausschuss

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 7 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadträtin Melchien (SPD): Die SPD-Fraktion bedankt sich für die positive Stellungnahme auf unseren Antrag. Wir verstehen, dass eine fundierte Konzepterstellung Kapazitäten bildet und unter den derzeitigen Rahmenbedingungen nicht eben nebenherlaufen kann. Gerade weil wir davon überzeugt sind, durch mehr Betriebs-Kitas Potentiale zum Ausbau der Kinderbetreuung in unserer Stadt zu heben, und in Anbetracht des prognostizierten Bedarfs an Betreuungsplätzen in Karlsruhe, ist es aus unserer Sicht richtig und wichtig, sich als Verwaltung gemeinsam mit den Trägern Zeit zu nehmen und nächstes Jahr im Jugendhilfeausschuss ein Ergebnis zu diskutieren, das uns dann hoffentlich als Stadt im Sinne der Karlsruher Familien weiter voranbringt. Als SPD-Fraktion sehen wir insbesondere in der Kooperation mit kleineren Firmen die Möglichkeit, noch mehr Kindertagesstätten zu errichten. Gerade als Stadt beziehungsweise städtische Gesellschaften können wir durch einen bedarfsgerechten Platzausbau die Attraktivität und Familienfreundlichkeit nochmals steigern.

Gerade der sehr erfolgreiche Ausbau in der Vergangenheit – Sie haben die Zahlen dargelegt – legt nahe, dass wir tatsächlich durch Betriebskindertagesstätten einen erheblichen Beitrag dazu leisten können, dem weiteren Bedarf nachzukommen. Genau daran möchten wir als Fraktion

anknüpfen und durch den Blick auf Konzepte anderer Kommunen auch neue Impulse für die weitere Ausrichtung erhalten. An diesem ambitionierten Projekt arbeiten wir sehr gerne mit.

Stadtrat Bauer (GRÜNE): Meine Kollegin von der SPD hat schon alles Richtige dazu gesagt. Der Druck auf uns ist groß beim Ausbau von Kita-Plätzen. Das haben wir gerade in den letzten Wochen und Monaten gemerkt. Erst durch die ausreichende Anzahl von Kita-Plätzen werden die Eltern in Zukunft wirklich ein Wahlrecht haben. Das ist uns allen ganz wichtig. Deswegen finden wir diesen Antrag gut und unterstützungswert. Es ist ein Vorteil für die Unternehmen, weil sie damit als Arbeitgeber*innen gerade für das Zusammenbringen von Job und Familie unter einem Hut attraktiv werden. Es ist ein Vorteil für unseren Standort Karlsruhe, weil wir hier Arbeitnehmer*innen mit Kindern viele Möglichkeiten und in Zukunft mehr Wahlfreiheit bieten können. Deswegen unterstützen wir das voll und ganz und freuen uns auf dieses Konzept.

Stadträtin Meier-Augenstein (CDU): Auch die CDU-Fraktion unterstützt diesen Antrag. Wir unterstützen auch den vorgeschlagenen Weg, dass das Konzept erarbeitet werden soll, in das dann viele Informationen einfließen, auch die Vergleiche mit anderen Gemeinden und Städten. Uns ist wichtig, dass alle Anstrengungen unternommen werden, um neue zusätzliche Plätze zu schaffen. Wir haben aktuell immer noch ein Defizit, auch wenn wir tun, was wir können. Aber wir sind auch darauf angewiesen, dass wir vielleicht im Bereich der Betriebskitas zukünftig noch ein weiteres Angebot haben. Deswegen gehen wir hier voll mit und sind schon ganz gespannt, was uns im nächsten Jahr präsentiert wird.

Stadtrat Høyem (FDP): Betriebskindertagesstätten sind oft eine praktische Lösung für viele Mitarbeiterfamilien. Wir unterstützen sehr gerne diesen Antrag. Ein Zusammenschluss von mehreren kleineren Firmen ist nicht nur praktisch, sondern auch pädagogisch eine gute Idee, so dass die Kinder auch in sozial gemischten und differenzierten Gruppen stimuliert werden.

Nur eine kleine Bemerkung, Herr Bürgermeister Lenz. Sowohl im Antrag als auch in der Antwort schreibt man mehrmals von Betreuungsplätzen. Besonders in Betriebskindertagesstätten ist es wichtig zu unterstreichen, dass es nicht nur um Betreuung geht. Auch diese Kindertagesstätten müssen ein durchdachtes pädagogisches Konzept vorstellen und auch durchführen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Wir von der AfD haben immer den Ausbau von Kindertagesstätten unterstützt und unterstützen ihn natürlich ganz besonders bei Betriebskindertagesstätten. Denn eine gute Kinderbetreuung ist wichtig für tatsächlich gelebte Gleichberechtigung. Wenn die Kinderbetreuung direkt in der Nähe vom Betrieb erfolgt, wird den Eltern auch erleichtert, ihre Kinder dort abzugeben. Zusätzliche Wege fallen weg. Die Familien haben am Ende mehr Zeit füreinander. Deswegen unterstützen auch wir natürlich diesen Antrag der SPD, sind aber auch mit der Antwort der Verwaltung einverstanden.

Eine Sache möchte ich aber noch erwähnen. Die Größe der Kindertagesstätten muss sich dann doch nach der Größe der Betriebe richten. Es reicht nicht aus, wenn eine große Firma eine Kindertagesstätte einrichtet als Betriebskindertagesstätte, die gerade einmal 20 Plätze hat, wo man ein Jahr warten muss, um überhaupt eine Antwort zu bekommen, wenn man sich da anmelden möchte. Darauf soll dann bitte die Stadt auch achten, dass die Größe dieser Betriebskindertagesstätten korreliert mit der Anzahl der Arbeitnehmer, die in dem jeweiligen Betrieb arbeiten.

Stadträtin Binder (DIE LINKE.): Ich sehe es jetzt nicht ganz so optimistisch. Ich würde mir wünschen, dass die Betriebe mehr kommunale Kitas fördern. Und nicht umgekehrt, dass die Stadt Betriebe „fördern“ muss, um Kitas aufzubauen. Umgekehrt wäre es nach meinem Dafürhalten sinnvoller. Insbesondere, weil es mir auch um das Kindeswohl geht. Ich verstehe vollkommen, dass es für viele Eltern schwierig ist, ihre Kinder in dem engen Rahmen zwischen Beruf und Arbeit in die Kitas zu bringen. Es geht aber auch um die Kinder. Die Kinder sollten eigentlich in einem sozialen Umfeld ihre Kitazeit erleben, sollten die Möglichkeit haben, einen Freundeskreis aufzubauen. Aber in der Kita im Betrieb sind sie einfach raus aus ihrem Umfeld. Ich halte es für einen bedenkenswerten Punkt. Eigentlich sollten wir möglichst viele Kitas in den Wohnquartieren haben. Da darf ein Betrieb, der in der Nähe ist, gerne unterstützen und bekommt dafür vielleicht auch ein paar Belegplätze. Aber ich halte es für wichtig, dass die Kinder in ihrem sozialen Umfeld groß werden. Deshalb sind wir etwas skeptisch. Wir würden auf jeden Fall begrüßen, wenn dieser Antrag und auch die nachfolgenden Beratungen und die Auswertung dazu auf jeden Fall in den Jugendhilfeausschuss geht. Ich glaube, man muss solche Dinge tatsächlich begleiten, beobachten und möglicherweise dann auch sagen, hier wäre vielleicht ein anderes Konzept sinnvoller. Deshalb werden wir uns enthalten, weil wir natürlich nicht gegen mehr Kitas sind. Aber, wie gesagt, unser Wunsch wäre, mehr kommunale Kitas zu haben.

Stadträtin Lorenz (FW|FÜR): Betriebskindergärten sind eine tolle Sache. Denn sie haben einen entscheidenden Vorteil. Die Zeit für das Bringen und das Abholen der Kinder dezimiert sich auf ein Minimum. Betriebskindergärten können ihre Öffnungszeiten den Arbeitszeitmodellen der Unternehmen besser anpassen. Die Unternehmen haben bei der Fachkräftegewinnung beziehungsweise -bindung einen starken Wettbewerbsvorteil durch ihre Familienfreundlichkeit. Jeder, der Kinder hat, weiß es zu schätzen, dass man zum Beispiel im Notfall schnell bei seinem Kind ist oder die Mittagspause zusammen mit dem Kind verbringen kann. Da Kita- beziehungsweise Betreuungsplätze nach wie vor knapp sind, sehen auch wir Bedarf, die Einrichtung von Betriebskindergärten weiter zu fördern und auszubauen und insbesondere kleinere Betriebe bei der Organisation und dem Zusammenschluss mit anderen Betrieben zu unterstützen. Wir würden uns daher gerne heute dem Antrag der Kolleginnen und Kollegen der SPD anschließen.

Der Vorsitzende: Wir brauchen den Antrag nicht zur Abstimmung stellen. Sie warten unser Konzept ab und diskutieren das dann im Fachausschuss.

Bürgermeister Lenz: Herr Stadtrat Høyem, es ist schon richtig, dass Sie immer auf Bildungsin-tention hinweisen. Das ist uns allen klar. Wenn „Betreuungsplätze“ in unseren Publikationen steht, heißt die Überschrift „Bildung und Betreuung“. Das ist nur, um Platz zu sparen. Das bekommen wir in Ihrem Sinne hin.

Die zweite Bemerkung: Sie und wir, die es umsetzen – mit „wir“ meine ich das gesamte Netzwerk der Trägerlandschaft, von der wir es schon öfter hier hatten –, haben etwas Fulminantes hinbekommen. Wir haben uns wegen der wachsenden Stadt 1000 Plätze vorgenommen, aber nicht für fünf bis sechs Jahre, sondern durchaus länger. Zwei, drei Jahre ist es jetzt her, dass wir uns das gemeinsam überlegt hatten. Ich kann Ihnen heute sagen, vielleicht haben Sie den BNN-Artikel diese Woche gelesen, wir überschreiten jetzt die Grenze von 500 Plätzen. Deswegen, Frau Stadträtin Melchior, passt es ganz gut, noch einmal ein Feld zu beleuchten.

Gestatten Sie mir, meinen Vorgänger Harald Denecken kurz miteinzubringen. Wir sind die Stadt, die sich mit Betriebskindergärten schon vor über einem Vierteljahrhundert – lieber Ha-

rald, du weißt mehr als ich, wovon wir reden, was wir alles aufgestellt haben – auf den Weg gemacht hat. Deswegen hat uns in der Verwaltung dieser Antrag gut gefallen und diese Fortentwicklung. Pandemie hin und her, wir alle werden nicht flügelahm, was Konzeptstärke anbelangt.

Der Vorsitzende: Ich würde gerne auf die Bedenken von Frau Stadträtin Binder noch ganz kurz eingehen. Wir haben hier gute Erfahrungen gemacht mit Belegungen durch Firmen in einzelnen Kitas. Einzelne Kitas sind nur durch diese Belegungen der Firmen überhaupt zustande gekommen. Ich war damals bei der Eröffnung der Schlossgeister. Da gibt es schon den Bedarf fast für dieselbe Einrichtung noch einmal nebendran. Auch das Land Baden-Württemberg ist schon an uns herangetreten, sie hätten gerne Belegungsplätze für Landesbedienstete. Es geht hier in Karlsruhe meistens weniger darum, dass jetzt ein großes Werk eine große Kita bekommt, sondern immer um solche Modelle. Da achten wir darauf, dass dann trotzdem noch Kinder, die nicht aus den Betrieben kommen, aufgenommen werden können, so dass es nicht ganz zuge-spitzt einen Betrieb, eine Kitaanbindung gibt.

Herr Stadtrat Dr. Schmidt, wenn dann ein Betrieb trotzdem eine Kita einrichten will, und der will erst einmal mit 20 Plätzen anfangen, tue ich mich schwer zu sagen, du darfst nur anfangen, wenn du 80 machst. So sehr ich das verstehe, so sehr deckt sich das nicht unbedingt mit der Realität. Sie müssen natürlich auch wissen, Betriebskindertagesstätten bringen es mit sich, dass sie oft auch einen gewissen Anteil von Kindern haben, deren Eltern nicht aus derselben Stadt sind. Das ist bis vor ein paar Jahren ganz schwer gewesen, das überhaupt mit den Städten zu verrechnen. Es macht auch heute mitunter noch immer Huddel, weil manche Gemeinden dann nicht akzeptieren, dass sie den teureren Platz in der Zielgemeinde bezahlen, während sie selber in der Heimatgemeinde noch einen Platz hätten. Das ist alles nicht so ganz easy. Insofern sehe ich auch die Zusage der Verwaltung dahingehend an, dass man jetzt kein Konzept für eine Betriebskindertagesstätte vorlegt, das muss jeder Träger selber machen, aber den Weg aufzeigt, wie man versucht, diese Interessen zu bündeln und dann in eine Gesamtkonzeption einzubinden. Das hat dann mehr etwas mit Absprachen, mit Zulassungen, mit Abrechnungen und all diesen Dingen zu tun. Aber da gibt es gute Beispiele in der Stadt. Das Hauptproblem wird am Ende sein, dass wir einen ganz großen Bedarf feststellen, aber nicht ausreichend Flächen haben, um diese ganzen Kitas zu errichten. Das ist zumindest gerade im Osten der Stadt ein Riesenthema zwischen den verschiedenen Arbeitgebern. Übrigens hatte IKEA uns auch einmal eine Kita versprochen. Aber die haben es im Rahmen ihrer Kostenreduzierung wieder gestrichen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
11. September 2020